



Aufhebung der Kaderorganisation P-26 in ihrer heutigen Form

Aufgrund des Antrages des EMD vom 12. November 1990

Aufgrund der Ergebnisse des Mitberichtsverfahrens und der Beratung wird

beschlossen:

- Die Kaderorganisation P-26 in ihrer heutigen Form wird aufgelöst.
- Das EMD wird über den Zeitpunkt und die Form der Veröffentlichung dieses Beschlusses entscheiden.
- Ueber das weitere Vorgehen wird das EMD später Antrag stellen.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:				
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage				
z.V.	z.K.	Dep.	Anz.	Akten
		EDA		
		EDI		
		EJPD		
X		EMD	5	-
		EFD		
		EVD		
		EVED		
		BK		
		EFK		
		Fin.Del.		





EIDGENÖSSISCHES MILITÄRDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT MILITAIRE FÉDÉRAL
 DIPARTIMENTO MILITARE FEDERALE

No _____

Bern, 12. November 1990

In der Antwort anzugeben
 A rappeler dans la réponse
 Ripeterlo nella risposta

An den
 B u n d e s r a t

VERTRAULICH

A u s s p r a c h e p a p i e r

Betreffend Kaderorganisation P-26

1. Ausgangslage

Infolge eines Postulats Jaeckle vom 3. Dezember 1956 wurden schon Ende der fünfziger Jahre im Auftrag des Generalstabschefs Vorkehrungen für den Widerstand im Besatzungsfall getroffen. Mitte der sechziger Jahre wurde die Vorbereitung des Widerstandes der UNA übertragen, wo ein "Spezialdienst" geschaffen wurde. Dann fand die Idee des Widerstandes Eingang in den Bericht des Bundesrates vom 27. Juni 1973 über die Sicherheitspolitik der Schweiz. Schliesslich wurde im Rahmen der Bachmann-Affäre der "Spezialdienst" aufgelöst und das Widerstandskonzept überarbeitet. Daraus ging die heutige Kaderorganisation P-26 hervor, die im Falle einer Besetzung der Schweiz die Bildung und den Einsatz von Widerstandsgruppen hätte übernehmen sollen. Die Mitglieder dieser Kaderorganisation sind nicht in der Armee eingeteilt. Unter den heutigen Friedensverhältnissen ist diese Kaderorganisation im wesentlichen eine Ausbildungsorganisation, die erst im Zuge eines mehrstufigen Aktivierungsprozesses zu einer einsatzbereiten Widerstandsorganisation ausgebaut werden kann. Sie verfügt indessen bereits heute über eine gewisse Bewaffnung und über besondere Anlagen.

Die PUK EMD hat in ihrem Bericht vor allem das Fehlen einer ausreichenden rechtlichen Grundlage für die Schaffung der Organisation sowie eine nach ihrer Auffassung ungenügende politische Kontrolle beanstandet. Der Bundesrat wird sich zu diesen Fragen im Rahmen seiner Stellungnahme zum Bericht der PUK EMD zu äussern haben.

Unabhängig von den einzelnen Ergebnissen der Untersuchung der PUK EMD geht es indessen grundsätzlich darum, zu entscheiden, ob die Organisation P-26 den heutigen Zeitumständen und Bedürfnissen noch angepasst ist, ob sie allenfalls umstrukturiert oder sogar gänzlich abgeschafft werden sollte.

2. Zur Problematik einer Widerstandsorganisation

Der Widerstand im feindbesetzten Gebiet ist nicht primär eine militärische, sondern eine politische Aufgabe. Es geht darum, den Widerstandswillen des Volkes zu erhalten bzw. zu verstärken, in das Gefüge der Besatzungsmacht einzudringen und diese zu bekämpfen. Widerstand kann aktiv und passiv geleistet werden. Er beschränkt sich nicht auf militärische Kampfformen wie Zerstörung und Sabotage, sondern umschliesst politische Aktionen in Form von aktivem psychologischem Kampf durch Informationsverbreitung oder auch in Form stillschweigender Verweigerung.

Ob bereits in Friedenszeiten eine Organisation zur Durchführung des Widerstands geschaffen werden soll, muss unter verschiedenen Gesichtspunkten beurteilt werden.

Die Existenz einer leistungsfähigen Widerstandsorganisation verstärkt die strategischen Optionen der politischen Führung, indem sie dem in seiner Existenz bedrohten Staat eine letzte Ueberlebenschance verschafft.

Ob allerdings die Widerstandsorganisation im entscheidenden Fall ihren Auftrag wird erfüllen können, ist abhängig von der Haltung ihrer Mitglieder. Wie schon der damalige Bundesrat Chaudet 1957 in seiner Stellungnahme zum Postulat Jaeckle festhielt, ist es nicht möglich, von vorneherein zu bestimmen, wer sich für die ganz besondere Aufgabe des geheimen Widerstandes eignet. Die Erfahrungen mit den Widerstandsbewegungen im und nach dem letzten Krieg zeigten, dass Leute, deren Mut zuvor nicht besonders aufgefallen ist, oft auch Frauen und Minderjährige, eine grösste Risikobereitschaft gezeigt und schwere Verantwortung übernommen haben, während andere, anscheinend für Heldentaten vorbereitet, sich der brutalen Drohung der Besatzungsmacht beugten - eine

Drohung, die oft gegen die Familienangehörigen gerichtet war. Dies lässt Zweifel aufkommen, ob der Einsatz einer Widerstandsorganisation heute schon vorbereitet werden kann. Wer soll in die Vorbereitung einbezogen werden: persönlich bezeichnete Spezialisten oder ganze Truppenformationen? Die Wirksamkeit eines Systems für den geheimen Widerstand beruht im übrigen auf der absoluten Geheimhaltung. Eine in Friedenszeiten vorbereitete Organisation läuft Gefahr, bei der Besetzung sofort zerschlagen zu werden.

Die Beurteilung der Fragen im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Widerstands im besetzten Gebiet ist deshalb zumindest kontrovers. Dies geht auch aus zwei geheimen Studien hervor, die der Generalstabschef im Auftrag des EMD-Vorstehers erarbeiten liess. Während der heutige Chef der Kaderorganisation P-26 an der Notwendigkeit, P-26 weiterzuführen, festhält, kommt eine von einer Gruppe von Milizoffizieren ausgearbeitete Analyse zum Schluss, die Widerstandsorganisation sei unter den heutigen Umständen nicht mehr sinnvoll.

Gesamthaft bestehen erhebliche Zweifel an der Möglichkeit, den Widerstand heute so vorzubereiten, dass er im Ernstfall wirksam funktioniert. Es bereitet einige Schwierigkeiten, einen künftigen Einsatz wirklichkeitsnah zu planen. Ferner ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, dass man sich in einer angesichts der umfassenden Aufgabe unzulässigen Weise auf technisch-militärische Instrumente beschränkt.

Hinzu kommt die Problematik der demokratischen Legitimation und die Gefahr verfassungswidriger Aktivitäten einer solchen Organisation. Die Verfügungsgewalt über eine Widerstandsorganisation bedeutet politische Macht, die für illegale Aktionen missbraucht werden kann. Ist eine wirksame, unter grösster Geheimhaltung zu treffende Vorbereitung des Widerstands mit dem Grundsatz einer demokratisch abgesicherten politischen Kontrolle vereinbar?

Schliesslich wird man auch die Bedrohungslage und damit die Wahrscheinlichkeit eines Besetzungsfalls in Rechnung stellen müssen. Wie der Bundesrat in seinem Bericht zur Sicherheitspolitik 90 festgestellt hat, ist diese Wahrscheinlichkeit heute wegen der Veränderungen im europäischen politischen und militärstrategischen Umfeld als sehr gering zu veranschlagen.

3. Opportunität einer Weiterführung von P-26

Angesichts der geringen Wahrscheinlichkeit eines Besetzungsfalls, der grundsätzlichen organisatorischen Schwierigkeiten, vor allem aber auch angesichts der heute geführten Diskussion über die Problematik einer einwandfreien demokratischen Legitimation einer Widerstandsorganisation stellt sich somit die Frage, ob die bestehende Kaderorganisation P-26 weitergeführt werden soll.

Feststeht, dass eine solche Weiterführung mit einer Restrukturierung zu verbinden wäre und auf neu zu schaffende Rechtsgrundlagen abgestützt werden müsste. Damit würde auch ein Anlass für eine breite politische Diskussion im Parlament und in der Öffentlichkeit geschaffen, mit der die Notwendigkeit und Wünschbarkeit einer Organisation zur Vorbereitung des Widerstands geklärt werden könnte. Eine solche Diskussion wäre in der heutigen Zeit nicht nur unumgänglich, sondern dringend erwünscht. Völkerrechtlich stünde im übrigen der Bildung einer solchen Organisation nichts entgegen.

Gegen die Weiterführung von P-26 spricht indessen, dass angesichts des heutigen internationalen Umfelds und auch in Anbetracht der militärpolitischen Debatte in der Schweiz heute andere Prioritäten Vorrang haben vor der Organisation des Widerstands im feindbesetzten Gebiet.

Das zentrale Anliegen der schweizerischen Sicherheits- und Militärpolitik muss heute sein, einen Grundkonsens in den wesentlichen Fragen unserer bewaffneten Landesverteidigung zu sichern. Im Vordergrund der rein militärpolitischen Ziele stehen dabei die Umstrukturierung der Armee im Rahmen von "Armee 95", die Ausrichtung der Armee auf neue sicherheitspolitische Aufgaben, wie sie im Bericht 90 über die Sicherheitspolitik dargelegt werden, die Gewährleistung eines ausreichenden, modernisierten Rüstungsstands und die weitere Verbesserung der Ausbildung.

Die Bedeutung einer Widerstandsorganisation tritt hinter diesen Anliegen weit zurück.

Es wäre unserers Erachtens verfehlt, bei der gegenwärtigen Bedrohungslage, die den Besetzungsfall als

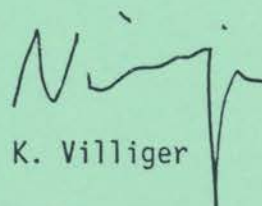
- 5 -

äusserst unwahrscheinlich erscheinen lässt, eine zweifellos höchst kontroverse Debatte über eine wenig prioritäres militärpolitisches Thema zu provozieren, eine Debatte, die überdies die Durchsetzung wesentlicherer Anliegen zusätzlich belasten könnte.

4. Antrag

- Gestützt auf diese Ueberlegungen beantragen wir dem Bundesrat, die Organisation P-26 in ihrer heutigen Form sei aufzulösen.
- Die ZGV soll beauftragt werden, die Frage der Vorbereitung des Widerstandes grundsätzlich zu überprüfen und dem Bundesrat gegebenenfalls neue Anträge zu unterbreiten. Dabei soll den Fragen der politischen Kontrolle und der erforderlichen Rechtsgrundlagen besondere Bedeutung beigemessen werden.

EIDGENOESSISCHES MILITAERDEPARTEMENT



K. Villiger

Aufhebung der Kaderorganisation P-26 in ihrer heutigen Form

Aufgrund des Antrags des EMD vom 12. November 1990

Aufgrund des Mitberichtsverfahrens wird

beschlossen:

- Die Kaderorganisation P-26 in ihrer heutigen Form wird aufgelöst.
- Die ZGV wird beauftragt, die Frage der Vorbereitung des Widerstandes grundsätzlich zu überprüfen und dem Bundesrat gegebenenfalls neue Anträge zu unterbreiten. Dabei soll den Fragen der politischen Kontrolle und der erforderlichen Rechtsgrundlagen besondere Bedeutung beigemessen werden.

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer: